



DER WANDEL MUSS WEIBLICH GESTALTET WERDEN! Equal Pay Day und Internationaler Frauentag 2022

Von einer wirklichen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeits- und gesellschaftlichen Leben sind wir in Deutschland noch immer weit entfernt. Die Corona-Pandemie hat uns Frauen besonders hart getroffen. Daneben verändern der Klimawandel, die Globalisierung und die Digitalisierung die Arbeitswelt grundlegend. Damit Frauen in diesem Wandel nicht zu kurz kommen, müssen unsere Perspektiven und Lebenslagen stärker in den Fokus gerückt werden.

Wir erwarten daher von den Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft, dass:

- a. Die Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben deutlich verbessert werden.

- b. Die Gleichstellungspolitik nicht mehr nur als Nischenthema betrachtet wird.
- c. Die Rahmenbedingungen geschaffen werden um die Sorgearbeit gleichberechtigt zwischen Männern und Frauen aufteilen zu können.

Frauen verdienen im bundesweiten Durchschnitt immer noch 18 Prozent weniger als Männer. In Niedersachsen sind dies Stand 2020 sogar noch 19 Prozent. Das bedeutet: Frauen mussten im Jahr 2020 in der Bundesrepublik 66 Tage länger arbeiten als Männer, um auf das gleiche Jahresentgelt zu bekommen. Hintergrund ist, dass Frauen häufiger in niedriger bezahlten Branchen ohne Tarifbindung arbeiten und weniger oft Führungspositionen ausüben. Auf diesen sogenannten „gender pay gap“ machen wir als ver.di-Frauen mit unseren Aktionen am „Equal pay

day", dem Tag der Lohngerechtigkeit, der in diesem Jahr am 7. März ist, aufmerksam.

Um Lohngerechtigkeit zu erreichen, muss gezielt an den Ursachen angesetzt werden. Wir brauchen ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, das verbindliche Prüfverfahren und standardisierte Berichtspflichten festschreibt. Zudem ist die Stärkung der Tarifbindung - insbesondere in frauendominierten Berufen – zentral. Außerdem muss die finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung von Berufsgruppen erfolgen, in denen überwiegend von Frauen arbeiten. Darüber hinaus brauchen wir eine Neugestaltung des Einkommensteuerrechts: für Frauen dürfen sich keine strukturellen Benachteiligungen mehr ergeben.

Seit dem Jahr 2018 ist das sogenannte Entgelttransparenzgesetz in Kraft. Es soll auch dazu dienen, den betroffenen Arbeitnehmer*innen eine Möglichkeit an die Hand zu geben, eine Diskriminierung nachweisen zu können. Aus unserer Sicht zeigt das Gesetz leider nur wenig Wirkung. In den Betrieben muss die Prüfung nicht nur empfohlen werden, sondern verpflichtend gemacht werden. Und wir brauchen ein Verbandsklagerecht um die abhängig Beschäftigten nicht alleine zu lassen.



Frauen waren durch Corona häufiger durch Einkommensausfälle betroffen und wurden in ihre tradierten Rollenbilder zurückgeworfen

Die Pandemie hat, neben vielen anderen Dingen, auch deutlich gemacht: Frauen waren in besonders hohem Maß durch die Krise und ihre Auswirkungen belastet. Dennoch sind ihre Anliegen gerade in der Politik zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens und zur Überwindung der Krisenfolgen vielfach unbeachtet geblieben. Das ist grundsätzlich falsch. Bei allen Vorhaben muss Politik dafür Sorge tragen, dass immer auch die unterschiedlichen Perspektiven und Lebenswirklichkeiten von

Frauen und Männern gleichberechtigt berücksichtigt werden.



Zudem haben Frauen während der Corona Pandemie häufiger ihre Arbeitszeit reduziert um die zusätzliche Care- und Hausarbeit sicherzustellen, z.B. das Betreuen von Kindern oder zu pflegender Angehöriger. So haben Mütter mit betreuungspflichtigen Kindern vor der Corona Pandemie 31 Std/wöchentlich gearbeitet und während der Pandemie 24 Std/wöchentlich.

Neben den geringeren Einkommen während der Pandemie haben vermehrt Frauen Karrierechancen, Möglichkeiten zur Fortbildung verpasst und haben zudem Schwierigkeiten in ihre frühere Vollzeit zurückzukehren. Am anderen Ende hat dies auch negative Folgen auf die Rentenansprüche der Frauen.

Frauenquote im Landtag nur 28,47 Prozent

Die Frauenquote im Bundestag beträgt aktuell 34,9 Prozent, im niedersächsischen Landtag sind es derzeit nur 28,47 Prozent. Daher ist eine Reform des Wahlrechts erforderlich. Das Beispiel anderer Länder zeigt: Wo der politische Wille für die gleichberechtigte Teilhabe ist, eröffnet sich auch ein Weg für dessen rechtliche Umsetzung.

In vielen Unternehmen finden in diesem Jahr wieder Betriebsratswahlen statt. Wir rufen insbesondere alle Frauen auf, daran teilzunehmen. Damit es mit der Gleichstellung von Frauen und Männern vorangeht, brauchen wir starke Betriebsrättinnen und Betriebsräte, die sich für gerechte Chancen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen einsetzen.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen in frauendominierten Berufen

Branchen, in denen vermehrt Frauen arbeiten, müssen dringend aufgewertet werden. Das heißt für uns zum einen, dass wir dafür sorgen müssen, dass in diese Branchen attraktive und tarifvertraglich abgesicherte Gehälter bezahlt werden. Zum anderen müssen die Rahmenbestimmungen stimmen. In den letzten Wochen der Pandemie ist es für uns alle sehr deutlich geworden: in den Kitas, in der Alten- und Krankenpflege fehlt überall Personal. Überstunden, Mehrarbeit und immer mehr Anforderungen durch Dokumentation und höhere Betreuungsbedarfe führen dazu, dass Beschäftigte den Beruf verlassen. Für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen Fachkräftemangel und die finanzielle Anerkennung der Arbeit setzen wir uns derzeit in der laufenden Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst ein, an der wir uns zusammen mit den Frauen aller DGB-Gewerkschaften beteiligen.

Neben der Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen insbesondere in den frauendominierten Berufen brauchen wir bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen. Die wenige Präsenz von Frauen, z.B. auch in Mintberufen hängt unter anderem damit zusammen, dass Qualifizierungsangebote nicht auf Frauen zugeschnitten sind, z.B. nicht in Teilzeit möglich sind und Frauen nicht ansprechen, da sie ihrer Lebenslage nicht entsprechen. Die Digitalisierung eröffnet Frauen nur dann Chancen, wenn die Veränderungen und neue Berufsfelder von vornherein geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei gedacht und gestaltet werden.

Die Mehrheit der Beschäftigten im Niedriglohn sind Frauen. Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 €/Std wird den Kolleginnen helfen. Aber die Erhöhung des Mindestlohns mit der Anhebung der Verdienstgrenze der Minijobs zu verknüpfen, ist gleichstellungspolitisch ein Schritt zurück. Als ver.di fordern wir vielmehr schon seit geraumer Zeit die Abschaffung von Minijobs und eine Sozial-

versicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde. Diese Maßnahmen helfen Erwerbslücken zu schließen und letztlich Altersarmut von Frauen zu verhindern!



Die Rahmenbedingungen zur geschlechtergerechten Verteilung der Haus- und Sorgearbeit müssen verbessert werden

Die Bundesregierung und die Landesregierung muss endlich auch die Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern verbessern. Dazu müssen die Kinderbetreuungsangebote (auch für Grundschulkinder) zügig ausgebaut werden, so dass sie dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

Frauen und Männern, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, müssen durch unkomplizierte Angebote zur Kurzzeit- und Tagespflege entlastet werden. Durch staatliche Zuschüsse muss ermöglicht werden, dass sich Alleinerziehende und Familien mit geringen und mittleren Einkommen haushaltsnahe Dienstleistungen leisten können.

Letztlich ist für viele Frauen Homeoffice auch unter dem Aspekt bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf attraktiv. Als ver.di unterstützen wir den Anspruch auf mobile Arbeit und Homeoffice, wenn die Arbeit von zu Hause aus freiwillig und so reguliert ist, dass sie nicht zur Entgrenzung der Arbeitszeit, gesundheitlicher Mehrbelastung durch unergonomische Arbeitsbedingungen und Entfremdung vom Betrieb führt. Da sind auch Betriebs- und Personalräte und Arbeitgeber*innen gefragt.



Die ver.di Frauen unterstützen die Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsberufe

STREIKAKTIONEN am 8. März in Niedersachsen und Bremen

✓ NIENBURG

11.30 Uhr Burgmannshof 5, verdi-Büro

✓ BREMEN

13.00 Uhr Abschlusskundgebung nach Fahrraddemo auf dem Rudolf-Hilferding-Platz

✓ LAATZEN

10.00 - 12.00 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz

✓ HANNOVER

13.00 - 15.00 Uhr Kundgebung Bahnhofsvorplatz

✓ HILDESHEIM

16:30 Uhr Marktplatz Hildesheim

✓ GÖTTINGEN

12.30 - 13.00 Uhr Treffen der Streikenden, Neues Rathaus/Hiroshimaplatz,
Demonstrationszug zum Gänseleisel

✓ WOLFSBURG

09.00 Uhr Streikkundgebung, Rathausplatz, Rednerin

✓ WOLFENBÜTTEL

10.15 Uhr Wolfenbüttel, Parkplatz des Check In (Nähe Bahnhof), Marsch durch die Stadt,
10:45 Uhr Kundgebung Rathausplatz

An vielen weiteren Orten finden ebenfalls Veranstaltungen statt.

